

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/16

Bonn, den 24. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Klare Fronten in der EWG-Krise</u> Europa-Parlament lehnt de Gaulles Forderungen ab Von Egon C. Heinrich	99
3 - 4	<u>Vom Konzilsgeist geprägt</u> Kirche und Parteien in Österreich Von Dr. Heinz Kornetzki	66
5 - 6	<u>"Tiefgreifende Auseinandersetzungen"</u> Westeuropas Kommunisten durften nicht einmal "Beobachter" sein Nach der "Konferenz der drei Erdteile" in Havanna	72

## Klare Fronten in der EWG-Krise

Europa-Parlament lehnt de Gaulles Forderungen ab

Von Egon C. Heinrich

Der Kampf um die Erhaltung der EWG und ihrer supranationalen Elemente ist nach dem enttäuschenden Verlauf der ersten Luxemburger Außenministerkonferenz in eine entscheidende Phase getreten. Die nächste Außenministertagung am 28. Januar wird zeigen, wie weit die Regierungen der Bundesrepublik, Italiens und der Beneluxländer bereit sind, den französischen Forderungen auf Beibehaltung des Vetorechts und der Entmachtung der EWG-Kommission entgegenzukommen.

In der Zeit zwischen den beiden Konferenzen nahm das Straßburger Europa-Parlament eindeutig Stellung für die Römischen Verträge und gegen das Vorgehen der französischen Regierung. Die elsässische Metropole, in der nach dem Zweiten Weltkrieg die Grundlagen für die europäische Integration gelegt wurden, erlebte einen großen Tag. In Rahmen eines Kollodiums diskutierten der EWG-Ministerrat, die Mitglieder der drei Gemeinschaftsexekutiven und die 142 Europa-Abgeordneten aus den sechs Ländern über die Lage der Europäischen Gemeinschaften. Direkt vom Luxemburger Verhandlungstisch waren der Ministerpräsident des Großherzogtums, W e r n e r , sowie die beiden Außenminister S p a a k (Belgien) und L u r s (Niederlande) an den Rhein gekommen. Die deutsche und die italienische Regierung waren durch die Staatssekretäre L a h r und S t o r c h i vertreten, während die französische Regierung dem Meinungsaustausch fernblieb. Mit Präsident H a l l s t e i n an der Spitze war die EWG-Kommission vollzählig erschienen.

Angesichts der französischen Revisionsforderungen stellten sich alle anwesenden Regierungsvertreter und Parlamentarier, mit Ausnahme der 50 Gaullisten, hinter die Römischen Verträge und sprachen der EWG-Kommission das volle Vertrauen aus. Eine Revision des EWG-Vertrages zur Umgehung der Mehrheitsbeschlüsse wurde von den Parlamentariern ebenso abgelehnt wie eine Beschneidung der Rechte der EWG-Kommission. Solange eventuelle Veränderungen der Verträge nicht von allen sechs Parlamenten ratifiziert sind, gilt der EWG-Vertrag in seiner jetzigen Fassung uneingeschränkt weiter. Unter dem lebhaften Beifall des Parlaments erklärte der belgische sozialdemokratische Außenminister Paul Henri S p a a k :

- \* "Wir werden es niemals zulassen, daß man an die Verantwortung und
- \* das Prestige der Kommission rührt, der wir zum größten Teil die
- \* Fortschritte der Gemeinschaft zu verdanken haben."

Den Ausbruch der Krise führte Spaak letztlich darauf zurück, daß die politische Einigung Europas mit der wirtschaftlichen nicht Schritt gehalten habe. Er erklärte sich für die belgische Regierung bereit, das Mehrheitsprinzip mit dem Risiko der Majorisierung zu akzeptieren. Mehrheitsentscheidungen müßten anerkannt werden, wenn man Europa wirklich wolle.

Die Rede des deutschen Staatssekretärs Lehr ließ derartige Klarheit zum Teil vermissen, obwohl er sich mit den Ausführungen Spaaks weitgehend identifizierte. Es hätte aber gerade dem deutschen Regierungsvertreter gut angestanden, wenn er sich ausdrücklich hinter den deutschen Präsidenten der EWG-Kommission, dessen Ablösung von de Gaulle angestrebt wird, gestellt hätte. So verstärkt sich der Verdacht, die Bundesregierung werde letzten Endes Professor Hallstein opfern, um de Gaulle an den Brüsseler Verhandlungstisch zurückzubringen. Ein solches Vorgehen im

jetzigen Augenblick würde aber das Ende einer unabhängigen politisch-dynamischen EWG-Exekutive bedeuten. Es geht dabei nicht um Hallstein als Person. Nach der Fusion der drei Exekutiven wird der Präsident der gemeinsamen Kommission auf die Dauer kein Deutscher sein können.

Unterdessen haben der CSU-Vorsitzende Strauß und das Bundesernährungsministerium die französischen Ansichten über das Mehrheitsprinzip und die Stellung der Brüsseler Kommission bereits positiv beurteilt. Strauß und Höcherl glauben offenbar, bei verringertem Einfluß der Kommission und verstärktem Einfluß der nationalen Regierungen die deutschen Agrarinteressen in Brüssel leichter durchsetzen zu können. Hier zeigen sich wieder einmal große Gegensätze innerhalb der CDU/CSU und der Bundesregierung. Man darf daher gespannt sein, welche Haltung die Bundesregierung bei der EWG-Debatte am kommenden Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag einnehmen wird.

Einig war man sich in Straßburg auch darüber, daß alles versucht werden solle, um unter den sechs EWG-Partnern eine Einigung zu erzielen und das EWG-Schiff wieder flott zu machen. Da die Haushaltspläne bisher im Ministerrat noch nicht verabschiedet wurden, ist das Forschungsprogramm von EURATOM gefährdet. Ein erfolgreicher Abschluß der Kennedy-Runde bis zum 31. Juli 1967 wird immer unwahrscheinlicher.

In einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede erklärte die Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments, die SPD-Bundestagsabgeordnete Käte Strobel in diesem Zusammenhang:

- \* "Deshalb müssen die fünf anderen Regierungen Frankreich wissen
- \* lassen, daß sie in absehbarer Zeit gezwungen wären, die Aufgaben
- \* des Ministerrats zu fünf zu erfüllen, wenn Frankreich nicht rasch
- \* seinen Platz wieder einnimmt. Frankreich hat durch sein Fernblei-
- \* den wichtige Beschlüsse verhindert. Man muß daher Paris eine
- \* Frist für seine Rückkehr und für die Erfüllung des Vertrages set-
- \* zen und nicht umgekehrt."

In der Tat hat sich Frankreich durch den Boykott aus dem Nichts heraus eine starke Verhandlungsposition geschaffen und verlangt nun von den Partnern Konzessionen ohne Gegenkonzessionen.

Käte Strobel appellierte an den Ministerrat, auf dem Boden der Verträge zu bleiben und sie nicht durch Fehlinterpretationen aushöhlen zu lassen. Ein zusätzliches Vetorecht für eine Regierung und die zehn Punkte Frankreichs lehnte die Politikerin im Namen ihrer Fraktion scharf ab. Die zehn Punkte seien der Versuch, die Kommission unter die Vormundschaft des Ministerrats zu stellen. Jedes Zurückdrängen der Kommission bedeute auch eine Einschränkung der ohnehin zu geringen Rechte des Europäischen Parlaments. Durch diese Krise ist nach Ansicht Käte Strobels mehr in Frage gestellt als die wirtschaftliche Zusammenarbeit; es gehe um die Voraussetzungen für eine gemeinsame Politik Europas im Rahmen der Atlantischen Partnerschaft. Die französische Regierung lehne die Integration nicht nur in der EWG, sondern auch in der NATO ab.

Zu ähnlich eindeutigen Aussagen konnten sich die beiden anderen nicht-gaullistischen Fraktionen des Europäischen Parlaments, die Christlichen-Demokraten und Liberalen, nicht durchringen.

Vom Konzilgeist geprägt

---

Kirche und Parteien in Österreich

Von Dr. Heinz Kornetzki

Keine politische Partei in Österreich wird zukünftig auf Schützenhilfe der katholischen Kirche rechnen dürfen. In Wien war das dieser Tage deutlich vernehmbar. Der Erzbischof der Donaumetropole, Kardinal König, und die Katholische Aktion Österreichs haben sich im Wahlkampf um die 165 Mandate im Nationalrat, um die es am 6. März geht, nicht auf die Seite einer Partei geschlagen. Auch zwischen den Zeilen ihrer Erklärungen zur politischen Diskussion läßt sich keine Parteinahme herauslesen. Die Parteien sind auf ihre eigenen Substanzen angewiesen.

So erklärte die Katholische Aktion Österreichs vorsorglich, daß keine Partei und keine "wahlunterstützende Gruppe" das Recht habe, im Namen der Kirche oder der österreichischen Katholiken zu sprechen. Die Wahl am 6. März sei auch für den Katholiken eine persönliche Entscheidung, die die Kirche jedoch niemandem abnehmen könne. Kardinal König, einer der progressiven Moderatoren des Konzils, nahm dem Wahlkampf jede ideologische Spitze, indem er die politischen Parteien aufforderte, die Entscheidung des 6. März nicht zu dramatisieren, sondern zu entschärfen. "Der politische Gegner ist letztlich kein Feind, sondern ein Mitbruder, dessen Meinung wir ernst nehmen sollen", schreibt der Kardinal in der liberal-katholischen Wochenzeitung "Die Furchen". Und gegen die Dominanz machtpolitischer Motive ist die Erinnerung des Oberhirten gerichtet, daß Österreich der Koalition von ÖVP und SPÖ in der Vergangenheit viel zu verdanken hätte. ("Das wollen wir nicht vergessen".)

Zweifellos sind die politischen Erklärungen der Repräsentanten des österreichischen Katholizismus vom Geist des eben zu Ende gegangenen Konzils beeinflusst. Die Argumente des Wiener Kardinals weisen darauf hin, wenn er sagt, daß der Katholik des Jahres 1966 nicht mehr in den Positionen vergangener Jahre und Jahrzehnte verharren könne. Er könne sich auch im Politischen nicht mehr so geben wie vor 30 oder 50 Jahren. Das Konzil fordere den

Katholiken von 1966 auf, aus den Gräben des Stellungskrieges auszubreschen.

Die Kirche Österreichs praktiziert die Mentalität des Konzils schnell und konsequent im politischen Bereich. Die Kirche distanziert sich keineswegs von der Politik. Sie duldet keinen Neutralismus. Aber sie besinnt sich auf ihre Aufgabe, den Akzent auf grundsätzliche Fragen zu legen. Sie nimmt den Gläubigen die Konkretisierung ihres Christseins nicht ab. (König: "Christliche Politik machen heißt nicht, auf eine Weisung des Bischofs warten, heißt nicht, mit der Kirchenfahne in den Wahlkampf ziehen, sondern heißt Politik aus christlicher Verantwortung heraus.")

Der Umbruch im Denken des österreichischen Katholizismus machte sich bereits nach 1959 bemerkbar. Der Geist Johannes XXIII. wirkte hier frühzeitig. In den politischen Stellungnahmen der Katholischen Aktion, die jeweils die Zustimmung der Bischöfe hatten, wurden die Katholiken aufgefordert, zu wählen und darüber hinaus in einer Partei mitzuarbeiten. Es wurde nicht gesagt, in welcher. "Es liegt an den Parteien selbst, durch ihr ganzes Verhalten zu beweisen, daß Katholiken ihnen mit gutem Gewissen ihre Stimme geben können", erklärte die Katholische Aktion im Frühjahr 1963. Und wieder war es Kardinal König, der das Zueinander von Kirche und moderner Demokratie definierte, in seiner historischen Rede im Mai 1964 in Seggau: "Die Kirche bekennt sich heute in diesem Lande offen und ehrlich zur Demokratie." In der Demokratie sehe die Kirche die Möglichkeit einer fairen und gleichen Chance. Die Kirche distanzieren sich zwar von jedem unmittelbaren Eingriff in die Politik, ihr sorgendes und beobachtendes Interesse in diesem Bereich sei jedoch größer als zuvor. Wenn die Kirche ihren Gläubigen nun keine politischen Weisungen mehr erteile, dann müßten sie "nach ihrer eigenen Vernunft und aus ihrem eigenen Gewissen heraus entscheiden".

Dank ihres Kardinals hat sich die Kirche Österreichs auf ihr Wächteramt besonnen. Sie hat mit Konventionen gebrochen, um mit der Brüderlichkeit Ernst zu machen.

"Tiefgreifende Auseinandersetzungen"

Nach der "Konferenz der drei Erdteile" in Havanna

ED - Die "Konferenz der drei Kontinente," die zwischen dem 3. und 16. Januar in Havanna stattfand, hat in mehrfacher Hinsicht überraschende Ergebnisse gebracht:

- \* sie wurde wegen des Tauziehens um die Resolutionen und die künftige Organisationsform zweimal verlängert, ohne daß dazu eine nähere Begründung gegeben worden wäre;
- \* sie brachte für die kubanischen Veranstalter einen angesichts der wirtschaftlichen Engpässe des Landes höchst willkommenen Prestige-Erfolg;
- \* sie glitt den kommunistischen Organisatoren aus den Händen und wurde buchstäblich in letzter Minute gerettet von der Ägyptischen Regierungsdelegation und dem Führer der Unabhängigkeitsbewegung von Portugiesisch-Guinea, Dr. Amilcar Gabral.

Nicht nur der Ostberliner Konferenz-Beobachter Horst Brusch räumte ein, daß es in Havanna eine ganze Reihe von Meinungsverschiedenheiten gab, die einstimmige Entschlüsse unmöglich machten. Auch die Pekinger "Volkszeitung" und die Warschauer "Sztandar Młodych" gaben "tiefgreifende Auseinandersetzungen" zu, die nach Ansicht des polnischen Blattes nicht nur im chinesisch-sowjetischen Zwist ihren Ursprung hatten, sondern auch in der Tatsache, daß sich Kommunisten und Nationalisten gegenüberstanden, die nur durch das gemeinsame Band des "Imperialisten-Hasses" mühsam zusammengehalten werden.

Wie erwartet, enthalten die Resolutionen der Konferenz eine deutliche und überscharfe Kampfansage an die Adresse der "Vereinigten Staaten" sie erhielt mit der Gründung eines sogenannten "Hilfskomitees für Vietnam" eine besondere angriffslustige Note.

Die Bildung "internationaler Brigaden" zur Unterstützung linksradikaler Aufstandsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika wurde zwar angekündigt, doch scheinen die gemäßigten Elemente unter den 512 Konferenzteilnehmern aus 62 Ländern die Oberhand behalten zu haben, weil es den Kommunisten nicht gelang, zu einer Einheitsfront zusammenzufinden und gemeinsame Resolutionen durchzusetzen.

Dafür spricht die Auslegung des umstrittenen Begriffe der friedlichen Koexistenz, die zwar zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschafts-Systemen ausdrücklich anerkannt wird, aber von ihr jedes friedliche Zusammenleben zwischen Unterdrückern und Unterdrückten ausnimmt. Dies bezieht sich auf die "Kolonialherren".

In der Wirtschafts-Resolution der Havanna-Konferenz wird die Staatliche Planwirtschaft als beste Lösung der Entwicklungsprobleme bezeichnet, doch gilt sie nicht als einziges Allheilmittel. Die Resolution hält sich an die allgemeinen Thesen der Entwicklungsländer, wie sie sich vor zwei Jahren in der Genfer "Weltkonferenz für Handel und Entwicklung" (UNCTAD) herauskristallisierten. Auch andere Nuancen lassen erkennen, daß die "Dritte Welt" nicht bereit ist, eine Politik des Abenteuerrentens um jeden Preis zu betreiben. Die "Deklaration von Havanna," das Hauptdokument, war die Frucht zahlreicher Kompromisse, die von kubanischen und ägyptischen Diplomaten hinter den Kulissen vorbereitet wurden. Cabral betätigte sich ebenfalls häufig als Vermittler. Zum ersten Eklat war es bereits gekommen, als kommunistischen Beobachtern aus Frankreich, Italien und Jugoslawien auf Betreiben der Chinesen die Konferenz-Teilnahme verwehrt wurde.

Als Beobachter waren nur 54 Führer von 14 internationalen linksorientierten Organisationen und Vertreter von sieben Ostblockstaaten zugelassen. Die Sowjetzone war durch den bereits erwähnten Funktionär Brasch und Mitgliedern des "afroasiatischen Solidaritätskomitees" vertreten.

Auch die neue "Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas" ist noch nichts Endgültiges.

Erst 1968 soll auf einer zweiten "Konferenz der drei Kontinente" in Kairo entschieden werden, was aus diesem in Havanna überstürzt ins Leben gerufenen Gebilde werden soll. Die Organisation unterhält vorläufig ein ständiges Sekretariat in Havanna, dem der kubanische Spitzenfunktionär Osmani Cienfuegos vorsteht. Dem Sekretariat gehören Vertreter an aus Chile, der Dominikanischen Republik, Puerto Rico, Venezuela, Vietnam (ohne nähere Angabe), Nordkorea, Syrien, Pakistan, Ägypten, Guinea, portugiesische Besitzungen, Kongo (Leopoldville). Das ebenfalls mit Sitz in Havanna gebildete "Befreiungskomitee" setzt sich zusammen aus Mitgliedern aus der Sowjetunion, Rotchina, Algerien, Kuba, Britisch-Guayana, Ghana, Tansania und Kambodscha.